



Bürgerbegehren zur Rücknahme der Verkehrsmaßnahmen und zur Wiederherstellung einer leistungsfähigen Verkehrsführung in der Gemeinde Stuhr

Anliegen

Wir, die unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Stuhr, wenden uns gegen die kürzlich umgesetzten Maßnahmen zur Verkehrsführung innerhalb der Gemeinde, insbesondere gegen die Einrichtung von Mischverkehrsflächen sowie die Einschränkung des Durchgangsverkehrs durch sogenannte Anwohnerregelungen.

Forderungen

Wir fordern die Gemeindeverwaltung sowie den Gemeinderat auf,

- die eingeführten Mischverkehrszonen vollständig rückgängig zu machen
 - die Durchfahrtsbeschränkungen, die über notwendige Verkehrsregelungen hinausgehen, aufzuheben
 - die bestehende Verkehrsführung wieder so herzustellen, dass eine sichere, klare und leistungsfähige Nutzung für alle Verkehrsteilnehmer gewährleistet ist
 - aus der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ auszutreten
-

Begründung

Die aktuell umgesetzten Maßnahmen führen aus Sicht der Unterzeichnenden nicht zu einer Verbesserung der Verkehrssituation, sondern zu einer Verlagerung von Verkehr in andere Wohnbereiche, zu einer erhöhten Unsicherheit durch Mischverkehr sowie zu Einschränkungen der individuellen Mobilität von Bürgerinnen und Bürgern, Pendlern und Gewerbetreibenden. Gleichzeitig ist eine zunehmende Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung festzustellen.

Eine funktionierende Verkehrsführung ist Grundlage für sichere Schulwege, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen sowie die Lebensqualität innerhalb der gesamten Gemeinde. Sicherheit entsteht dabei nicht durch die Vermischung unterschiedlicher Verkehrsarten, sondern durch klare und nachvollziehbare Strukturen.

Die Unterzeichnenden wurden darüber informiert, dass die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ derzeit zwar ruht, gleichwohl jedoch eine wesentliche politische Grundlage für die aktuell umgesetzten Maßnahmen darstellt. Vor diesem Hintergrund wird eine klare politische Distanzierung sowie der Austritt der Gemeinde aus dieser Initiative gefordert.



Darüber hinaus weisen die Unterzeichnenden darauf hin, dass diese Initiative aus ihrer Sicht vornehmlich aus den spezifischen Verkehrsproblemen großer Städte heraus entstanden ist. Eine Übertragung dieser Ansätze auf eine Flächengemeinde wie Stuhr wird daher als ungeeignet angesehen, da sie bestehende Probleme nicht löst, sondern neue schafft.

Die Unterzeichnenden fordern die Gemeindeverwaltung und den Gemeinderat auf, zu einer sachbezogenen Politik zurückzukehren, die die Interessen der Bürger in den Mittelpunkt stellt und die Gemeinde zukunftsfähig weiterentwickelt. Ideologisch geprägte Ansätze, die den realen Anforderungen nicht gerecht werden, werden abgelehnt.

Wir wollen eine erfolgreiche und sich entwickelnde Gemeinde, in der die Interessen ihrer Bürger im Zentrum politischen Handelns stehen. Mit ihrer Unterschrift bringen die Unterzeichnenden zum Ausdruck, dass sie diesen Anspruch derzeit als nicht erfüllt ansehen.

Rüge

Die unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürger rügen die Gemeinde Stuhr sowie ihre Repräsentanten ausdrücklich dafür,

dass die den Maßnahmen zugrunde gelegten Annahmen, Entscheidungsgrundlagen und Wirkungszusammenhänge nicht hinreichend dargelegt wurden.

Insbesondere wurden die Ursachen und Hintergründe der herangezogenen Unfallereignisse auf der Varreler Landstraße nicht nachvollziehbar im Einzelnen dargestellt. Dies betrifft insbesondere die Beratungen in den Rats- und Ausschusssitzungen zum Ende des Jahres 2025.

Darüber hinaus wurde die von Bürgerinnen und Bürgern eingereichte Korrespondenz zu diesen Themen nicht in der gebotenen Tiefe und Nachvollziehbarkeit beantwortet.

Forderung

Die Gemeinde Stuhr wird aufgefordert, die genannten Maßnahmen vollständig zurückzunehmen, sich von der zugrunde liegenden politischen Ausrichtung zu distanzieren und eine Verkehrsplanung umzusetzen, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürger orientiert.

Ziel

Ziel ist die Wiederherstellung einer sicheren, funktionierenden und leistungsfähigen Verkehrsordnung, die die Mobilität innerhalb der Gemeinde gewährleistet, wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht und die Lebensqualität der Bürger langfristig sichert.



Schlussbemerkung

Die unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürger verstehen dieses Begehren als klare politische Willensbekundung und erwarten, dass Rat und Verwaltung die geäußerten Bedenken ernst nehmen und entsprechend handeln.

Hinweis

Dieser Antrag ist nach den Grundsätzen der Niedersächsischen Kommunalverfassung formuliert, entfaltet jedoch keine rechtlich bindende Wirkung.

Die Unterzeichnenden bestätigen mit ihrer Unterschrift sowie den gemachten persönlichen Angaben, dass sie wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Stuhr sind.

Mit ihrer Unterschrift erklären sich die Unterzeichnenden ausdrücklich damit einverstanden, dass ihre angegebenen personenbezogenen Daten im Rahmen dieses Bürgerbegehrens erhoben, verarbeitet und an die zuständigen Stellen der Gemeinde Stuhr zum Zwecke der politischen Willensbekundung und weiteren Behandlung weitergegeben werden.



11								
12								
13								
14								

Bitte die Liste zurücksenden an:

BürgerForum Stuhr e.V.

Pillauer Strasse 24

28816 Stuhr

Wir weisen daraufhin, dass alle Unterschriften im Original vorliegen müssen!